

| | | | |
|---------------------------|--|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 120 |
| | | TOP: | 15 |
| | Verhandlung | Drucksache: | 337/2017 |
| | | GZ: | |
| Sitzungstermin: | 13.07.2017 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | OB Kuhn | | |
| Berichterstattung: | | | |
| Protokollführung: | Frau Sabbagh / pö | | |
| Betreff: | Teilnahme am Landesarbeitsmarktprogramm, Baustein Passiv-Aktiv-Tausch (PAT) | | |

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 10.07.2017, öffentlich, Nr. 97
Verwaltungsausschuss vom 12.07.2017, öffentlich, Nr. 237

jeweiliges Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 22.06.2017, GRDRs 337/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vor der Teilnahme der Landeshauptstadt Stuttgart am Landesarbeitsmarktprogramm, Baustein Passiv-Aktiv-Tausch (PAT), vom vorerst 01.07.2017 bis 30.06.2018 mit insgesamt 53 Plätzen und dem Abschluss eines entsprechenden Zuwendungsvertrages (s. Anlage 1 und 2) wird Kenntnis genommen.
2. Das Jobcenter wird ermächtigt, ein/-e Mitarbeiter/-in mit einem Beschäftigungsumfang von 30 % einer Vollzeitkraft für die administrativen Aufgaben, die sich im Rahmen des Projektes ergeben, für die Zeit vom 01.07.2017 bis vorerst 30.06.2018 in EG 10 einzustellen.

Die während der Projektlaufzeit anfallenden Personal- und Sachkosten werden durch die Pauschale zur Kompensation des anteiligen Verwaltungsaufwandes in Höhe von 100 EUR/Monat pro gefördertem Beschäftigungsverhältnis des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg in Höhe von max.

60.000 EUR gedeckt. Die Förderdauer der Beschäftigungsverhältnisse, die gewährten Pauschalen und somit auch der administrative Aufwand betragen zwei Jahre, auch wenn die Dauer des Landesarbeitsmarktprogramms vorerst nur ein Jahr beträgt.

3. Die kommunalen Zuschüsse an die Arbeitgeber in Höhe von 400 EUR/Monat pro Vollzeitbeschäftigungsverhältnis werden aus eingesparten Leistungen für Unterkunft und Heizung im Teilhaushalt 290 - Jobcenter -, Schlüsselprodukt 1.31.20.01.00.00-290 - Leistungen für Wohnraum -, Kontengruppe 430 Soziale Leistungen gedeckt.

OB Kuhn stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Jobcenter

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN